blickpunkt (TS)

DAS MAGAZIN DER CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Ausgabe 2/2019 | 1. Jahrgang

Scheinlösung Mietendeckel ab Seite 4

Kita-Alarm: Platz- und Personalmangel Seite 7 Krankenhausstandorte in Gefahr Seite 11 Migration steuern und begrenzen Seite 14

Stimmt aber eigentlich die Behauptung, dass es den Rentnern zu gut ginge? Es ist erschreckend, aus den Medien zu erfahren, dass 51,4 Prozent der Rentnerinnen und Rentner weniger als 900



Euro monatlich erhalten. Das betrifft immerhin 9,3 Millionen Menschen in unserem Land. (Quelle Zeit online).

Aufgeschreckt auch von einer Mitteilung, wonach die Caritas einen Seniorenstift auflösen möchte, um daraus lukrative Einnahmen durch Eigentumswohnungen zu generieren, frage ich mich persönlich, in welcher Stadt wir eigentlich leben. Ich kenne dieses Einrichtung noch aus meiner Kindheit, damals war es ein Waisenheim und meine Mutter ging mit mir an der Hand regelmäßig dorthin, um überflüssiges Spielzeug, von dem ich zu viel hatte, dort abzugeben. Dies ist,

so sagt man mir, leider kein Einzelfall in dieser Stadt. Wenn die Verdrängung so weiter geht, dann wird es kein Zufall sein, dass irgendwann bald die Älteren, die Schwerfälligen, die Mühemachenden aus unserem Stadtbild verschwinden. Ich behaupte, dann wird dieser Stadt etwas fehlen, eine ganze Menge gelebtes Leben und Erfahrungen, auch wenn mit toten Büroräumen offensichtlich mehr Geld zu machen ist. als mit Wohnraum für Senioren und Alleinerziehende. Ich bin häufig in den USA unterwegs (ja, ich weiß: Fliegen und CO2 stehen in unheiliger Allianz, aber fahren Sie einmal mit dem Fahrrad nach New York). Dort sind die Innenstädte ab 18:00 Uhr relativ tot, tagsüber ein reges Gewusel. Wollen wir das für unsere schöne Stadt? Wir müssen einen Weg finden, der es Normalverdienern und Rentner möglich macht, auch weiter in der Innenstadt zu wohnen. Diese Menschen brauchen keinen Deckel, sondern ein Recht auf anständiges Wohnen in ihrem angestammten Bereich, in dem sie teilweise Jahrzehnte ihre vertraute Umwelt haben.

Tempelhof-Schöneberg im Blick

Liebe Leserinnen und Leser.

en Beginn des neuen Schuljahres hatte sich der Berliner Senat sicherlich ganz anders vorgestellt. Schließlich hatte er sehr viel Geld dafür locker gemacht, um zum Schulstart mit kostenlosen Schülerticket und Mittagessen sowie kostenfreien Hortplätzen in die Offensive zu kommen. Doch was nutzen den Berliner Familien diese kostenfreien Leistungen - für die der Senat ja auch reichlich Werbung gemacht hat - wenn es an den Grundfesten in der Berliner Schule mangelt: an gut ausgebildeten Lehrern, an intakten Gebäuden und qualitativ guten Ergebnissen. Und so konnte das Schuljahr kaum chaotischer für die Berliner beginnen. Beinahe hätte sogar die Hiobsbotschaft, dass in Berlin 26.000 Schulplätze bis 2021 fehlen werden, mit ihrer ganzen Wucht die Bildungssenatorin Scheeres aus dem Amt gefegt. Diese rechnete hastig den Fehlbedarf an Schulplätzen auf 9.000 Plätze herunter und konnte sich vorerst retten, dürfte aber weiterhin auf Abruf bleiben. Denn der Kern des Problems in der Schule bleibt die mangelnde Qualität. Das hat der Bildungsmonitor 2019 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gerade noch einmal eindrucksvoll attestiert und Berlin sogar zum neuen Schlusslicht im Ranking der Bundesländer degradiert.

Immer weiter zur Verzweiflung bringt die Menschen die Wohnungspolitik in dieser Stadt. Anstatt massiv das Angebot auszuweiten und den Wohnungsbau zu beschleunigen, verhakt sich der Senat untereinander und führt einen aussichtslosen Kampf gegen die Wohnungsunternehmen in dieser Stadt und unserem Bezirk. Das Ergebnis sind der Rückgang an Baugenehmigungen, das Aussetzen wichtiger Bauvorhaben und die Verfehlung der eigenen Ziele. Dabei gibt es zahlreiche Wohnungsbaupotenziale, die konsequent genutzt werden müssen. Mit einem gemeinsamen Schulterschluss der öffentlichen und privaten Wohnungsunternehmen und Genossenschaften könnten zahlreiche Wohnungen zügig errichtet werden. Stattdessen aber heizt der Senat Debatten über die Enteignung von Wohnungsunternehmen an, kauft unter Anwendung des Vorkaufsrechts teuer Wohnungen zurück und preist uns die Einführung eines Mietendeckels als Allheilmittel an. Letzteres geht besonders in die falsche Richtung, denn ein Mietendeckel wird den Neubau von Wohnungen bremsen und die Investitionen in die Wohnungsbestände verringern. Den Menschen, die eine neue Wohnung in Berlin suchen, ist damit nicht geholfen.



Das Ziel, zusätzliche Einsparungen an CO2 durch energetische Sanierungen zu erreichen, wird damit ebenfalls konterkariert. So wird der Mietendeckel, dessen Konstruktion vermutlich ohnehin rechtswidrig

ist, zu einer Investitionsbremse in Berlin,

die nichts hilft aber erheblich schadet.

Der Austausch mit Ihnen ist uns wichtig. Schreiben Sie uns Ihre Meinung. Gerne nehmen wir Ihre Anliegen, Probleme oder Lebenserfahrungen in unsere Berichterstattung mit auf.

Viel Spaß beim Lesen! Mit freundlichen Grüßen

Ihr Florian Graf, MdA Kreisvorsitzender

CDU Tempelhof-Schöneberg

Schon gewusst?

David und Iggy von der Hauptstraße

pps, beinhahe auf Blumen getreten! Was ist das hier? Eine Gedenktafel!- David Bowie hat



Überrascht stehe ich auf der Hauptstraße in Schöneberg. Ordentlicher Betrieb herrscht hier, alles wie immer eigentlich, aber statt mit dem Rad, bin ich zu Fuß unterwegs und hätte die Blumen, die ein treuer Fan hier zu Ehren von David Bowie abgelegt hat, fast übersehen.

Hinter mir liefern sich irgendwelche Busse fast ein Rennen und ich betrachte die Gedenktafel etwas genauer, wundere mich: wie das wohl früher hier so war? Das Haus ist doch völlig unscheinbar! Welche Spuren gibt es noch von David Bowie, hier in Schöneberg, in Berlin?

Und siehe da: David Bowie hat während der Erstellung seiner "Berliner Trilogie" (dazu gehören die Alben "Low", "Heroes" und "Lodger") hier gewohnt. Iggy Pop war sein WG-Mitbewohner, bis er dann ins Hinterhaus zog.

Und neben der Gedenktafel gibt es sogar noch ein paar Orte, die David Bowie regelmäßig aufgesucht hat, in

unmittelbarer Nachbarschaft. Dazu gehört die Bar "Neues Ufer", die damals noch "Anderes Ufer" hieß.



Ausgabe 2/2019

In dieser Ausgabe ...

... auf den Seiten 4 und 5 berichten wir auführlich über den Mietendeckel.

Ausgabe 2/2019





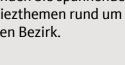
... auf den Seiten 8 und 9 sprechen wir mit Heinz Buschkowsky über die Notwendigkeit von Volksparteien.

... auf Seite 6 erfahren Sie mehr über unseren Kiezheld: Naturranger Björn Lindner.



... auf Seite 10 - 13 finden Sie spannende Kiezthemen rund um den Bezirk.





Mietendecke

Scheinlösung

Der Mietendeckel kommt. Wann und in welcher Form ist unsicher. Sicher ist, dass er die Stadt spaltet. Und nicht nur das: Die rot-rot-grüne Koalition streitet seit Monaten über den Entwurf von Lompschers Mietendeckel. Gegenseitiges Misstrauen und Vorwürfe prägen das Bild des Senats. Dabei sind sich eigentlich alle einig: Wohnen in Berlin muss bezahlbar bleiben. Doch bei den Zutaten, die von rot-rot-grün in den "Wohnungstopf" ge-

worfen wurden ist es kein Wunder, dass

um den Deckel heftig gestritten wird.

Um im Bild zu bleiben: Um welche Zutaten geht es eigentlich? Nach den Vorstellungen von Bausenatorin Lompscher soll eine allgemeinverbindliche Miete staatlich festgelegt und Mietsteigerungen für fünf Jahre verboten werden. Modernisierungen muss man sich zukünftig staatlich genehmigen lassen. Inwiefern dies rechtlich zulässig ist, darüber streiten die Köche in der Berliner Landesregierung (bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe gab es keinen abgestimmten Gesetzentwurf). Und wenn die Zutaten falsch sind, kann das Gericht nicht schmecken.

Richtig ist: Steigende Mieten sind für viele Menschen zu einer existenziellen Bedrohung geworden. "Das nimmt die CDU/CSU-Bundestagfraktion sehr ernst. Die Union will nicht, dass Menschen aus ihren angestammten Wohnvierteln verdrängt werden, weil sie sich ihre Miete nicht mehr leisten können. Deswegen hat die Große Koalition erst zu Beginn des Jahres ein umfassendes Mieterschutzgesetz in Kraft gesetzt, mit dem die Modernisierungskosten gedeckelt und die Mietpreisbremse verschärft wurde", sagt Jan-Marco Luczak, Bundestagsabgeordneter für Tempelhof-Schöneberg und Mietrechtsexperte der CDU/CSU-Bundestagfraktion.

Starke soziale Leitplanken im Mietrecht

Damit Wohnraum für alle Menschen und alle Einkommen verfügbar und bezahlbar bleibt, bedarf es starker sozialer Leitplanken im Mietrecht. "Um nachhaltig den Anstieg der Mieten zu



bekämpfen, ist aber entscheidend, dass wir mehr, schneller und kostengünstiger bauen. Der Mietendeckel ist dagegen eine populistische Scheinlösung: Er verhindert dringend benötigten Neubau und verschärft so das Problem steigender Mieten, zugleich würgt er alters- und klimagerechten Umbau von Wohnungen ab. Er torpediert damit alle Anstrengungen in Sachen Klimaschutz und erschwert die Bewältigung des demographischen Wandels", betont

Private Kleinvermieter werden kriminalisiert

Private Kleinvermieter aber auch Wohnungsgenossenschaften, die in den letzten Jahren aus sozialer Verantwortung auf Mieterhöhungen verzichtet haben, werden bestraft und in einen Topf mit renditeorientierten Aktiengesellschaften gesteckt. "Das ist ungerecht und spaltet unsere Stadt. Der Mietendeckel löst kein einziges Problem, schafft aber viele neue", so Luczak verärgert.

Statt auf einen verfassungswidrigen Mietendeckel zu setzen, sollte der Senat mehr Bauland ausweisen, das

Bauordnungsrecht entschlacken und Baugenehmigungen schneller erteilen. Dies seien nach der Meinung von Luczak die entscheidenden Schritte zu mehr bezahlbarem Wohnraum. Leider versagt die Berliner Landesregierung hier laut Luczak auf ganzer Linie.

Klage gegen Mietendeckel Mieter und Vermieter sind angesichts

der Pläne des Senats seit Monaten zutiefst verunsichert. Investoren hinterfragen, ob sie in Berlin bauen oder modernisieren können, Mietern drohen Kündigungen und Berlin sieht sich enormen Staatshaftungsansprüchen gegenüber. Diese Rechtsunsicherheit ist aus Sicht des Rechtspolitikers Luczak unhaltbar: "Dass der Mietendeckel beklagt wird, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Mieter wie Vermieter brauchen schnell Klarheit, ob sie ihre Entscheidungen auf Grundlage des Mietendeckels treffen müssen. Sobald das Gesetz vorliegt, ist zu erwarten, dass das Verfassungsgericht angerufen werden wird, um den Mietendeckel auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen."

✓aum ein anderes Thema bewegt die Rerliner derzeit mehr als die aktuelle Wohnungspolitik von rot-rot-grün. Wenn man denn überhaupt von Politik sprechen kann.

Die Situation ist schnell beschrieben: Durch die "wachsende Stadt" und dem Zuzug nach Berlin übersteigt die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot auf dem Wohnungsmarkt deutlich. Fachleute sehen eine Lücke von 100.000 bis 120.000 Wohnungen. Anstatt nun den Wohnungsneubau zu forcieren, setzt r2g auf alte Ideen aus der Mottenkiste: Mieten einfrieren und Deckel drauf. Hatten wir schon, denn die Preisstoppverordnung von 1936 galt in der DDR bis 1990 und das Ergebnis ist bekannt.

Sicher, niemand zahlt gerne mehr Miete. Warum eine regelmäßige und angemessene Mieterhöhung dennoch sinnvoll und ein Mietendeckel falsch ist, will ich als Aufsichtsratsmitglied aus Sicht einer Wohnungsbaugenossenschaft kurz erläutern. Aus den Mieteinnahmen werden die laufenden Kosten (Verwaltung, Instandsetzungen, Kapitaldienst) bestritten. Die Miete dient zunächst also der Bestandserhaltung. Zusätzlich wird mit der jährlichen Wirtschafts- und

Investitionsplanungen der Grundstein für zukünftige Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen gelegt. Zusammengefasst: Eine Baugenossenschaft und sicherlich die meisten der sozial agierenden Vermieter in Berlin überlegen auf Jahre im Voraus, was im Ergebnis aus Einnahmen und Ausgaben am Ende in der Kasse bleibt. Welche finanziellen Möglichkeiten ergeben sich folgend für Modernisierungen oder sogar Wohnungsneubau? Ein Gewinn im klassischen Sinne wird bei einer Baugenossenschaft nicht erzielt. Alles was sie einnimmt, wird refinanziert, womit das Problem beginnt. Die Mieten in einer Genossenschaft sind grundsätzlich sozial verträglich. Bei einer durchschnittlichen Nettomiete von 6,05 Euro pro Quadratmeter wird der Spielraum für Neubau und Modernisierung daher schnell eng.

Durch die gedeckelten Mieten entgehen einer Genossenschaft die eingeplanten Mieterhöhungen in der Finanzplanung. Allein meiner Genossenschaft werden durch den Mietendeckel rund acht Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren fehlen. Da die vorhandenen Kosten (Verwaltung / Instandsetzung / Kapitaldienst) weiter bestehen

DAS MAGAZIN DER CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

und sicherlich steigen werden, bleibt am Ende eines jeden Jahres weniger in der Kasse. Zusätzliche Finanzmittel für den Neubau oder Modernisierung des Wohnungsbestandes werden nicht mehr erwirtschaftet. Am Ende dieser Entwicklung, sollte der Mietendeckel länger Bestand haben, fehlt dann sogar das Geld für die laufenden Instandsetzungen. Beispiel DDR: Für die Mieter paradiesische Zustände, für den Wohnungsbestand eine Katastrophe. Die Miete hat zu keiner Zeit die anfallenden Kosten für die Substanzerhaltung der Wohngebäude gedeckt.

Die Berliner Wohnungsgenossenschaften sind sich deshalb einig. Der Mietendeckel beschränkt die Möglichkeiten einer Genossenschaft und bedroht ihr soziales Gefüge. Sie fordern zurecht, "den Mietendeckel gilt es zu stoppen!". Denn wie beim "Freibier für Alle", kommt das Aufwachen am nächsten Morgen. Man hatte zwar einen schönen, fröhlichen Abend, nur die Kopfschmerzen danach holen den Mieter wieder in die ·Realität·zurück:

In eigener Sache

Mobbing

Völliges Unverständnis in der Redaktion: In seiner März-Ausgabe befasste sich der BLICKUNKT TS mit dem aktuellen Thema Mobbing und interviewte den bekannten Anti-Gewalt-Coach Carsten Stahl. Wie groß ist das Problem bei uns im Bezirk? Um dies zu erfahren. stellte die Redaktion eine schriftliche Anfrage bei der Pressestelle der Senatsbildungsverwaltung über bekannte und verfolgte Mobbingfälle im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. "Bis heute blieb die Anfrage in Gänze unbeantwortet", berichtet Blickpunkt TS-Chefredakteur Carsten Schanz. Vom Tisch ist das Thema für die CDU allerdings noch lange nicht. Sie steht im Dialog mit Stahl und sogar ein gemeinsames Projekt steht in Aussicht, um betroffenen Kindern und auch Eltern zu helfen.

blickpunkt

C chon seine Berufsbezeichnung ver-**J**binden viele mit Ferne, Abenteuer. Natur. Freiheit und Wildnis. Und tatsächlich: Tempelhof-Schönebergs Naturranger Björn Lindner (49) ist etwas ganz Besonderes. "In Berlin bin ich der einzige meiner Art, auch wenn es den ersten Ranger in Deutschland schon 1970 gab", sagt der staatlich geprüfte Natur- und Landschaftsgärtner mit einem verschmitzten Lächeln. Der gebürtige Niedersachse kümmert sich seit 2007 in Marienfelde um Dinge, die im turbulenten Stadtleben so oft in Vergessenheit geraten: Natur und Tiere auch wenn Lindner dies ungerne trennt. "Die große Frage war immer, in welcher Stadt wir eigentlich leben wollen. Wir können froh sein, dass Berlin mit seinen vielen Grünflächen nicht so viele Fehler begangen hat wie andere vergleichbare Städte. Und gerade Marienfelde ist ein Musterbeispiel. Es kombiniert Wald, beeindruckende Hochhäuser, Industrie und die größte zusammenhängende Grünfläche des Bezirks miteinander. Es gibt in dieser Stadt nichts Vergleichbares", sagt Lindner.

Für den Rucksack-Berliner, wie er sich selbst gerne bezeichnet, steht im Fokus, dass der Bezirk erlebbar bleibt und die Menschen einen Blick für die Natur bekommen. Anfang 2016 schloss das

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, vor allem auf Bitten von Lindner, einen Kooperationsvertrag mit dem damals neu gegründeten Verein Naturwacht Berlin ab, der inzwischen für alle Belange der Naturschutzwacht, des Naturschutzparks und Teile der Marienfelder Feldmark zuständig ist. "Vom Artenmonitoring über Biotoppflege bis zum Besucherleitsystem. Alles bieten wir inzwischen an. Besonders stolz sind wir natürlich auf unsere Naturschutzstation und das Grüne Klassenzimmer", freut sich Lindner.

Die Kernaufgaben des Vereins, den Lindner seit diesen Mai selbst leitet, liegen in der Natur- und Landschaftspflege. der Weiterbildung und natürlich beim Betreiben der Naturschutzstation. Zudem werden jährlich etwa 10.000 Besucher durch die beeindruckenden Anlagen geführt. "Das grüne Klassenzimmer, in dem Kindergarten- und Schulgruppen mitten in über die Natur unterrichtet werden, ist ein echter Erfolgsschlager. Außerdem können sich Kinder bei uns in Wochenseminaren zu Juniorrangern schulen lassen", sagt Lindner stolz.

Ein Stück Aufklärungsarbeit ist übrigens auch immer mit dabei und tut Not. denn immer mehr schwindet beispielsweise das Bewusstsein für Erzeugnisse der eigenen Landwirtschaft, weshalb Lindner stets den engen Kontakt zu

den verbliebenen Landwirten pflegt. "Vor allem unseren Kindern müssen wir vermitteln, was unser Boden, unsere heimischen Tiere uns so alles bieten", erklärt der Ranger. Hier setzt er auch auf externe Helfer und verweist auf den Imkerverein Lichtenrade, der auf dem Gelände der Naturschutzstation ein eigenes Bienenprogramm bietet.

Die Frage nach Kritik und Wünschen in Richtung Politik darf nicht fehlen. Doch Lindner antwortet schnell und selbstbewusst: "Kritik habe ich eigentlich keine. Parteiübergreifend erhalten wir große Zustimmung und Unterstützung. Das freut uns natürlich. Und wenn ich einen Wunsch äußern dürfte, dann hoffe ich sehr, dass der Bezirk sein Vorhaben umsetzen wird, uns finanziell dauerhaft zu fördern. Bislang war das alles immer nur auf ein oder zwei Jahre festgelegt, nun strebt man eine Art Budgetierung an. Das würde natürlich helfen und unseren wenigen Mitarbeitern Sicherheit geben. Sie alle leisten Unglaubliches.", so Lindner.

Wer sich selbst ein Bild von den Tier- und Naturschützern sowie den zahlreichen Tierarten und Projekten machen will, ist willkommen. Nähere Informationen über www.naturwachtberlin.de.

Ausgabe 2/2019

✓eine Frage: Eltern wünschen sich na-Atürlich eine gute Betreuung für ihre Kinder, wenn sie morgens zur Arbeit gehen, in dem Glauben, dass sich die Kleinen den Tag über im Kinderladen oder in der Kita wohlfühlen. Denn eine gute Betreuung ist notwendig, da nur wenige Eltern es sich in der heutigen Zeit aus finanziellen Gründen erlauben können, ihr Kind längere Zeit zu Hause zu betreuen. Alleinerziehende oder Eltern, die ihre Kinder im Wechselmodell betreuen, können sich diesen Luxus erst recht nicht leisten.

Kita-Alarm:

Mangel an Plätzen und Personal

Berlin

Auf den ersten Blick scheint die Bildungspolitik der Rot-Rot-Grünen Regierung die Belange der Bürger verstanden zu haben: Die Betreuung für Kinder unter drei Jahren wurde – anknüpfend an die Politik des vorherigen schwarz-roten Senats – in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut. Die Betreuungsquote hat sich im Bundesdurchschnitt seit 2008 von 17.6 Prozent auf 33.6 Prozent (2018) fast verdoppelt.

Die Politik reagierte auf die steigende Nachfrage an Kitaplätzen, weil zum einen mehr Kinder geboren wurden und zum anderen die meisten Eltern schnell wieder in den Beruf zurückkehren wollten. Immer wieder wird betont, dass jedes Kind in Berlin einen Kita-Platz bekommen könne.

Die unionsgeführte Koalition im Deutschen Bundestag verabschiedete das "Gute-Kita-Gesetz", mit dem der Bund den Ländern mehr Geld für Kitas zur Verfügung stellt - allein Berlin erhält etwa 300 Mio. Euro. Und bis 2020 werden bundesweit 100.000 zusätzliche Plätze in Kitas und Tagespflege gefördert werden.

Das alles reicht aber in Berlin nicht aus. Hier müsste auch die rot-rot-grüne Landesregierung endlich handeln. Denn

Ausgabe 2/2019

in der Realität sieht die aktuelle Situation in Berlin ganz anders aus: "Viele tausend Eltern finden keinen Platz für ihre Kinder. Dabei sind die Räumlichkeiten nicht das dringendste Problem. Baulich könnten 10.000 weitere Kitaplätze angeboten werden. Hunderte von Erzieherinnen und Erzieher wären notwendig, um diese Plätze anzubieten. Personal, dass die Kitaträger nicht haben und das sie auch nicht finden", kritisiert Roman Simon, Familienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Ein Beispiel aus Schöneberg: In der Kita "Affenbande" in Schöneberg (Name geändert) gehen seit geraumer Zeit täglich Anrufe von Eltern bei der Kita-Leitung ein, die verzweifelt auf der Suche nach einem Kitaplatz sind, aber seit Monaten keinen bekommen.

Am Tag der offenen Tür war die besagte Einrichtung überfüllt von Familien im harten Konkurrenzkampf um ein Platz für ihr Kind. "Diese Situation ist offenbar kein Einzelfall", berichtet Simon. Die angespannte Situation der Kita "Affenbande" scheint symptomatisch zu sein für Berlin.

Die Kitaleitung der "Affenbande" moniert, die Einrichtungen hätten generell zu wenig personelle Kapazitäten und viel weniger Plätze im Angebot als die hohe Nachfrage fordert.

Der Betreuungsschlüssel müsse viel höher sein, im Grunde könne sich kein Mitarbeiter erlauben, krankheitsbedingt auszufallen. Die Erzieherinnen und Erzieher seien überlastet.

Doch gutes Personal zu finden, ist schwer. Für die meisten jungen Menschen ist der Beruf des Erziehers nicht attraktiv, weil zu schlecht bezahlt und eine Tätigkeit im Schicht-Betreib oft vorausgesetzt wird.

Die Folge ist, dass man sich mit tem-

porären Lösungen behilft, wie in der Kita "Affenbande". Praktikanten oder Mitarbeiter, die ein freiwilliges Soziales Jahr absolvieren, helfen aus. Dies allerdings bedeutet für die Kinder, sich ständig an neue Personen gewöhnen zu müssen und eine enge Bindung an eine Bezugserzieherin schwer möglich ist.

Mittlerweile, so scheint es, steht in Berliner Kita-Einrichtungen Quantität vor Qualität. Die Kitas selbst darf man aber nicht verantwortlich machen, sondern das Versagen der rot-rot-grünen Politik. Bei vielen Kitas spielen natürlich die ökonomischen Interessen eine Rolle: Eltern, die einen Halbtags-Kita-Gutschein haben, werden auf der Bewerberliste erst gar nicht berücksichtigt.

Viele Erzieher machen einen guten Job und üben diesen aus Leidenschaft aus. Es scheint schier unmöglich, frühkindliche Bildung und individuelle Betreuung zu leisten, wenn 48 Kinder auf einer Etage zusammen sind, die durch drei (festangestellte) Erzieher betreut werden sollen.

"Einige Eltern und Erzieher sind so frustriert, dass sie die Initiative kitakriseberlin.org gegründet haben. Diese Initiative informiert unter anderem darüber. wie man das Land Berlin verklagen kann, wenn man keinen Kitaplatz erhält. Die CDU möchte nicht, dass Eltern mit kleinen Kindern ihre Zeit damit vergeuden müssen, monate- und zum Teil jahrelang, einen Kitaplatz zu suchen und dann auch noch vor Gericht ziehen müssen, damit das Land den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr anerkennt. Das Wohl unserer Kinder steht an erster Stelle. Darum muss sich diese Situation dringend verbessern.", sagt Simon. (Dr. Tanja Buchholz)

Herr Buschkowsky, wie bewerten Sie die schwindende Zustimmung für Volksparteien?

Man kann das böse formulieren oder etwas mehr Gnade walten lassen. Böse wäre: Die sogenannten Volksparteien sind out, haben eigentlich fertig. Das was sich gerade exemplarisch bei der SPD vollzieht, wird danach die CDU treffen. Die Entwicklung der nächsten lahre wird durchaus spannend. Die Zeichen stehen an der Wand, aber die beiden Großen tun wenig bis nichts, um dem Einhalt zu gebieten.

Die CDU hat noch ein bisschen eine große Klappe, weil sie es noch nicht so knüppeldick trifft wie die SPD. Es ist nur eine Frage der Zeit, das Wasser schleift den Stein. Interessant wird sein, welche politischen Konstellationen sich in der Zukunft daraus ergeben. Wir werden aufpassen müssen, dass wir den Anschluss nicht verlieren. Die Merkelsche CDU muss hinter den Kulissen butterweiche Zugeständnisse machen, um sich nicht dauerhaft durch Rot-Rot-Grün ausbooten zu lassen. Der Störfaktor heißt Merkel. Die SPD sucht nur noch nach einer günstigen Gelegenheit, um die große Koalition platzen zu lassen. Sie will sich vor dem Untergangsstrudel noch schnell in Sicherheit bringen. Die Zugeständnisse der CDU "out off the records" werden aber wiederum zur Beschneidung und Gesichtslosigkeit einer konservativen Partei führen.

Die (früheren) Volksparteien weigern sich einfach, die Stimmungsänderungen im Volk zur Kenntnis zu nehmen. Es gibt eine deutliche Spaltung.

Die einen rufen links, linker, am linkesten und die anderen wollen Heimat. Werte, Recht und Ordnung. Beides wird den Menschen verweigert. Wischi-waschi-Gerede, Bla-Bla, wir haben uns alle lieb und wer nicht mitmacht, ist Rechtspopulist oder Rassist. Vor allem die SPD sucht ihr Heil in alten Klassenkampfparolen. 7,7 Prozent reichen wohl noch nicht - mal sehen, was in Thüringen herauskommt. In Berlin wird die SPD viel Glück benötigen, um noch den dritten Platz im Ranking zu verteidigen. Den Regierenden wird sie aber auf keinen Fall mehr stellen. Das machen Linke und Grüne unter sich aus. Erich und Egon bekommen die Hauptstadt auf dem silbernen Tablett - unfassbar. Das hätte mir mal einer prophezeien sollen, als ich am 13. August 1961 zusehen musste, wie die Flüchtlinge im Teltowkanal abgeknallt wurden. Und es ist auch vollkommen unerheblich. ob die Union zwei oder drei Prozente nach oben rutscht. Mit ihr wird keiner regieren. Lediglich in den Bezirken wird sie sich ihre Wunden lecken können.

Alle Parteien wollen über tatsächliche Probleme nicht reden. Im Land herrscht eindeutig Ablehnung gegen weite Teile der derzeitigen Regierungspolitik – egal ob von CDU oder SPD vertreten. Es herrscht Angst um die eigene Heimat. Um den Verlust der Lebensart und der Kultur, wie sie die Eltern gelehrt haben. Die Menschen fühlen sich nicht mehr zuhause, ausgegrenzt, verspottet, belogen und beleidigt. Das finden die Leute inakzeptabel. Angst vor Überfremdung ist kein deutsches Phänomen.

Die Parteien schweigen und heucheln. Der einzige, der damit punktet, ist Alexander Gauland. Und der macht es leider auch nicht schlecht. Ständiges Eindreschen auf ihn, macht ihn noch zum Märtvrer. Die Ergebnisse zeigen das deutlich. Schauen sie nach Brandenburg: Auch die Linke fährt Kellerbahn. Und selbst wenn Björn Höcke dummes und gefährliches Zeug von sich gibt, so interessiert das im Grunde niemanden. Es zählt nur die Verärgerung über die ganze Richtung. Wenn Woidke nicht so ein beliebter und guter Landesvater

wäre, stünden wir heute vor einer AfD mit der stärksten Fraktion im brandenburgischen Landtag.

Für die CDU heißt das: So lange sie sich nicht von Angela Merkel löst, wird sie keine wirkliche Chance auf eine alaubwürdige und zündende Erneuerung haben. 1998/1999 wiederholt sich. Dass das Krampfen an und mit Helmut Kohl schief geht, wussten alle – nur er nicht. So wurde ein Gerhard Schröder Kanzler. Naturgesetzlich war das nicht.

Manuela Schwesig hat vorgeschlagen, dass sich die etablierten Parteien, einschließlich der Linken, gegen die AfD verbünden sollten. Wäre denn eine "Volksfront" tatsächlich die Lösung?

Nein. Das ist Unsinn. Sie erkennen dadurch nur die große Ratlosigkeit. Die SPD weiß angeblich alles - aber wiederum nicht, wie sie mit ihren Erkenntnissen umgehen soll. Die CDU ist dank ihrer eigenen "Sozialdemokratisierung" durch Frau Merkel genauso gelähmt. Das Migrationsthema tastet schon deshalb keiner an, weil man auf keinen Fall rassistisch wirken möchte, staunt aber ratlos, wie die AfD bei diesem Thema abräumt. Die grandiose Erfindung der neuen Doppelspitze bei der SPD ist auch nichts weiter, als ein Dokument der Hilflosigkeit. Wir haben gar keinen, dann nehmen wir eben zwei.

Es aibt neuerdings auch Stimmen, denen zufolge die AfD ihren Zenit erreicht

So ein Orakel gab es bei der SPD mit Bezug auf die Grünen auch einmal. Das ist natürlich Quatsch. Auch ohne Neuzuwanderung wird der Anteil von Migranten an der Gesamtbevölkerung schon aus biologischen Gründen immer höher, denn die Geburtenrate bei Migranten ist nun einmal um ein Vielfaches höher als bei den Biodeutschen. Das Thema bleibt also, weshalb soll dann die AfD verschwinden? Die Erfolge Gaulands wären übrigens noch viel größer, wenn es ihm gelungen wäre, sich des Höcke-Flügels zu entledigen. Das ist schon zweimal auch bei Frau Petry und Herrn Lucke schief gegangen. Beide konnten sich nicht gegen den rechtsradikalen



Der gebürtige Neuköllner Heinz schließlich ab Dezember 2001, war Buschkowsky, Jahrgang 1948, ist ge- er bis zu seinem Ausscheiden aus lernter Verwaltungsbeamter. 1979 der Politik, Bezirksbürgermeister zog der Sozialdemokrat erstmals in von Berlin-Neukölln. Zudem ist er die Bezirksverordnetenversamm- mehrfacher Beststeller-Autor. Heinz lung ein und war ab 1985 Frakti- Buschkowsky ist verheiratet und geonsvorsitzender. 1989 wurde er als hört heute als erklärter Law-and-Stadtrat in das Bezirksamt gewählt, order-Mensch parteiübergreifend dem er bis 2015 ununterbrochen zu den wichtigen Beobachtern und angehörte. Von 1991 bis 1992 und Ratgebern des politischen Spektrums.

Flügel durchsetzen. Gauland wird sich braucht seine Familie nach diesen Erfahrungen wohl entschieden haben, keinen dritten Versuch zu wagen. Das bremst weiteren Zulauf, weil viele das Gedankengut von Höcke & Co natürlich ablehnen. Ansonsten wäre die AfD bereits heute schon deutlich stärker.

Ein Hauptproblem der etablierten Parteien ist, dass sie keine kompetenten Protagonisten mehr haben. Hätte sich die CDU für Friedrich Merz entschieden, wäre sie heute stabiler. So aber schwebt er quasi für die letzten Konservativen nur im Hintergrund. Ist dieser Effekt eines Tages aufgebraucht, wird auch die CDU leer da stehen - genauso wie die SPD heute. Mehr noch: Die Union muss zusehen, dass nicht Leute wie Laschet. der eine deutliche sozialdemokratische Nähe hat, das Ruder übernehmen. Käme darf. es so, dann könnten CDU und SPD einen Vereinigungsparteitag veranstalten. Deutliche Unterscheidungen der Parteien gehören zum Grundprinzip der Demokratie. Die Sichtweisen der Menschen sind nun einmal heterogen. Deshalb benötigen sie stets konservative, liberale, sozialdemokratische und

Ausgabe 2/2019

Rechts von der Union ist nur noch die Wand und keine weitere politische Gruppierung. Das war das Credo der Hardliner um Franz Josef Strauß und Heinrich Lummer. Auch von ihnen fühlten sich Leute abgeholt und vertreten. Deshalb bewerte ich die Sozialdemokratisierung der CDU durch Frau Merkel schon fast als Verbrechen am Aufbau der politischen Landschaft in Deutschland. Durch ihr rücksichtsloses Drängen in die politische Mitte hat sie vordergründig die Unterschiede verwischt und damit die Orientierungslosigkeit der Menschen befördert. Also: Merz als Vorsitzender wäre die große Chance für eine neue starke CDU mit klaren Konturen gewesen. Wenn ich mir das einmal anmaßen

Diese Auflösung der politischen Konturen und Zurückdrängen der konservativen Werte ist sicher ein kapitaler Fehler von Frau Merkel. Die ungesteuerte, chaotische und wohl auch nahezu rechtswidrige Öffnung der Grenzen 2015 war nach meiner Auffassung ihr zweiter großer Schwupper. An den Folgen dieser auch kommunistische Positionen. Jeder Fehlstellungen der gesellschaftlichen

Weichen wird unser Land noch vier bis fünf Generationen zu knabbern haben. Für den sintflutartigen Deichbruch 2015 gibt es übrigens kein weiteres Beispiel in der Menschheitsgeschichte. Das Wirken von Frau Merkel wird also recht nachhaltig sein. Langfristig droht uns die Spaltung unserer Gesellschaft wie in den USA.

Welches Zeugnis würden Sie dem aktuellen Senat ausstellen?

Ich denke da an einen meiner ehemaligen Lehrer. Wenn dieser völlig aus dem Häuschen war, gab es nur einen Kommentar: "Setzen, sechs!" Doch ich habe wenig Trost für Sie, die Verhältnisse werden sich nicht ändern. Die jetzigen Koalitionsparteien werden wieder den Senat bilden. Allerdings in anderer Reihenfolge. Der Regiermeister wird vielleicht Lederer oder Frau Kapek heißen. Die SPD benötigt man dann nur noch zum Mehrheitsbeschaffer und die CDU siegt sich zu Tode, weil zum Regieren wird sie keinen Partner finden.

Das Interview führten Horst Kauffmann und Carsten Schanz

Drogenhandel

Wenn du dort reingehst", sagt Gregor M.* und zeigt auf den S- und U-Bahnhof Tempelhof, "dann betrittst du eine neue Stadt. Links sind die mit Gras. rechts ist Kokain und unter der Brücke spritzt man Heroin." Luigi M. muss es wissen, denn von seinem Geschäft aus hat man einen ausgezeichneten Blick auf den Bahnhof.

Denkt man an die Berliner Drogenszene, kommen einem andere Orte als Tempelhof in den Sinn - der Görlitzer Park in Kreuzberg beispielsweise oder der Hermannplatz in Neukölln. Doch auch der S- und U-Bahnhof Tempelhof ist mittlerweile betroffen. Ein Blick auf die Zahlen verrät, dass die Szene in Berlin sich stark vergrößert hat. Die Gesamtzahl aller erfassten Drogendelikte lag im Jahr 2018 bei fast 17 300 Fällen. Das ist der höchste Stand seit zehn Jahren und entspricht einem Anstieg um 7.4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dem S- und U-Bahnhof Tempelhof kommt dabei eine strategisch wichtige Rolle als Umschlagplatz zu, weil man hier von der S-Bahn in die U-Bahn umsteigen und bei Bedarf

leicht entkommen kann. Hinzu kommt die Nähe zum Tempelhofer Feld, einem weiteren wichtigen Treffpunkt für Dealer.

Die ortsansässige Geschäftsbesitzerin Lara T. verfolgt die Entwicklung seit vielen Jahren: "Meine Kunden sehen die Menschen mit Drogen vor meinem Laden und glauben, dass ich sie verkaufe. Familien kommen nicht mehr, weil sie sich unwohl fühlen. Das ist geschäftsschädigend!" Sie berichtet von Blut und Spritzen auf ihren Toiletten, lauten Straßenpartys und marodierenden Banden. Manchmal nehmen Dealer sogar ihre eigenen Kinder als Tarnung mit in das Geschäft und geben sich so einen harmlosen Anschein, während sie im Hintergrund ihre Geschäfte abwickeln. "Früher kam die Polizei und dann hatten wir wieder für ein paar Monate Ruhe. Seit etwa drei Jahren haben wir aber keine Streife mehr gesehen. So schlimm wie ietzt war die Situation noch nie."

Die Menschen fühlen sich von der Politik alleingelassen. Eigentlich wäre der grüne Justizsenator Dirk Behrend gefordert. Doch die Bemühungen seiner Partei, den Erwerb von Cannabis in Gänze zu

legalisieren und der Skandal um den Grünen-Politiker Volker Beck, der 2016 in Schöneberg mit Christal Meth erwischt wurde, lassen offensichtlich keinen Platz für eine Debatte um harte Drogen. In der Koalition ist man mit Themen wie Wohnungsbau, Abschiebungen und Videoüberwachung beschäftigt und möchte weitere Konfliktfelder vermeiden. Dabei gibt es durchaus Konzepte. "Um der Lage wieder Herr zu werden, müsse der Bahnhof in den Blick genommen und stärker überwacht werden. Gleichzeitig müssen die vielen Abhängigen und Obdachlosen wieder in ein normales Leben zurückgeführt werden", so der CDU-Abgeordnete für Alt-Tempelhof Markus Klaer. Mit diesem Senat wird sich das Problem nicht lösen lassen. Vernünftige Politik sieht anders aus. *Alle Namen geändert

Bei unserem Streifzug durch die Läden wurden wir mehrfach davor gewarnt, in benachbarte Geschäfte zu gehen, da dort mit Drogen gehandelt würde. Aus Angst wollen die meisten Gesprächspartner anonym bleiben.

(Kiez-Detektiv Johannes Rudschies)

Unser Kiez-Detektiv für Sie vor Ort!

Stört Sie etwas in Ihrem geliebten Kiez?

Schreiben Sie uns einfach eine E-Mail an redaktion.blickpunkt-ts@cdu-ts.de. Ich gehe den Dingen auf den Grund und werde hier darüber berichten.

Vorgestellt

Verdienstorden für Labrenz-Weiß



In den Fokus gerückt hat sie sich selten, doch gewirkt und eingesetzt umso mehr: Als die promovierte Historikerin Hanna Labrenz-Weiß aus den Händen des polnischen Botschafters Andrzej Przyłębski das Ritterkreuz des polnischen Verdienstordens erhielt, gehörte Tempelhof-Schönebergs CDU-Kreisvorsitzender

Florian Graf zu den ersten Gratulanten. Geehrt wurde die in Görzberg gebo-

rene ehemalige Kommunalpolitikerin für ihren außergewöhnlichen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland. In seiner Laudatio würdigte der CDU-Bezirksverordnete Guido Pschollkowski vor allem deren Wirken um die Aufdeckung und Veröffentlichung der neuesten polnischen und deutschen Geschichte. "Respekt und Dank gebührt Ihnen vor allem wegen Ihrer Forschung im Bereich der polnisch-stämmigen Bürger in unserem Land", so Pschollkowski.

Labrenz-Weiß, die in Warschau und Berlin studierte und seit 1991 im Hauptberuf als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Stasi-Unterlagen-Archiv tätig ist, trat der CDU 1989 bei. Sie war Mitglied der damaligen Bezirksverordnetenversammlung Schöneberg und wirkte insbesondere als Schriftführerin und als Vorsitzende des Ausländerausschusses.

Einen Namen machte sie sich vor allem als engagierte CDU-Chefin im ehemaligen Ortsverband Dürer, der später mit Friedenau fusionierte sowie als Kreisvorsitzende der Frauen-Union von Tempelhof-Schöneberg.

Aufgrund ihrer Forschungsarbeit hat sie bis heute enge Kontakte zur polnischen Regierung, darüber hinaus pflegt sie zu Ex-Präsident Lech Walesa ein freundschaftliches Verhältnis, und ihrer Partei steht sie heute noch mit Rat und Tat zur Seite.

Ausgabe 2/2019

Bezirk

Krankenhausstandorte in Gefahr

Auf die Krankenhäuser in Deutschland kommen mittelfristig große Veränderungen zu: Schließungen, Verlagerungen, Umbauten und Zusammenlegungen von Krankenhäusern sind die Stichworte, die die gesundheitspolitische Diskussion bestimmen. Erst kürzlich sorgte eine Studie der Bertelsmann-Stiftung für Furore und heftige Reaktionen, Kernergebnis der Studie: um Qualität und Personaldichte der verbleibenden Kliniken zu verbessern, müsste die Hälfte der 2000 Krankenhäuser in Deutschland schließen. Die Diskussion ist seitdem im vollen Gang. Und in der Tat zeichnen sich auch in Tempelhof-Schöneberg schon sehr bald erhebliche Veränderungen ab.

So plant die Vivantes, mit neun Krankenhäusern und über 100 Kliniken in Berlin der größte kommunale Krankenhauskonzern Deutschlands, das Auguste-Viktoria-Klinikum (AVK) in Schöneberg bis 2024 zu modernisieren und in zwei Etappen zu einem komplett neuen Krankenhaus auszubauen. Rund 120 Millionen Euro sind für den Neubau vorgesehen. Die Schöneberger wird es freuen – das AVK wird durch seine Vergrößerung und neuen Angeboten gewaltig an Bedeutung bei der medizinischen Versorgung gewinnen. Dies ist in jeder Hinsicht nur zu begrüßen! Aber des einen Freud könnte sich als des anderen Leid entpuppen. Welche Auswirkungen der Ausbau des AVK auf das ebenfalls von Vivantes betriebene Wenckebach-Klinikum (WBK) in Tempelhof haben wird, ist unklar. Hierzu schweigt



der Klinikbetreiber beharrlich. Immerhin werden im WBK jedes Jahr etwa 21.000 Patientinnen und Patienten versorgt, mehr als die Hälfte von ihnen ambulant. An einen Ausbau oder eine Modernisierung des WBK ist aufgrund immenser Kosten offenbar nicht gedacht. Zwar arbeiten AVK und WBK schon jetzt eng zusammen, und die meisten dort beschäftigten Mediziner sind standortübergreifend tätig, dennoch steht die Frage dröhnend im Raum, ob das Wenckebach-Klinikum ab 2024 womöglich aufgegeben wird. Eine Frage, die in den letzten Jahrzehnten immer wieder mal im Raum stand, sich aufgrund des Ausbaus des AVK nun aber geradezu aufdrängt.

Für Tempelhof ist darüber hinaus von Bedeutung, dass für das St. Joseph-Krankenhaus an der Wüsthoffstraße – mit 495 Betten das größte katholische Krankenhaus in Berlin – geplant ist, seine akutmedizinischen Abteilungen mit denen des Franziskus-Krankenhauses (Budapester Straße) an einem Standort zusammenzulegen. Favorisiert wird hierfür ein Neubau auf einem Gelände am Südkreuz. Noch laufen dazu die Gespräche mit Bezirk und Senatsverwaltungen, aber da es am derzeitigen Standort kaum Erweiterungsmöglichkeiten gibt, ist ein Neubau nachvollziehbar.

Somit könnte der Ortsteil Tempelhof in den nächsten Jahren demzufolge gleich zwei Krankenhausstandorte verlieren. Man könnte entgegnen, dass in Berlin insgesamt kein Mangel an Krankenhäusern, medizinischen Versorgungszentren und Ärzten besteht, allerdings muss die Frage erlaubt sein, wie die Notfallversorgung im Bezirk Tempelhof-Schöneberg in Zukunft aussehen soll. Denn deren Hauptlast tragen immer noch die Krankhäuser – also nicht nur das AVK, sondern eben auch das WBK und das St.-Joseph-Krankenhaus mit ihren Rettungsstellen. Wenn das eine geschlossen und das andere verlagert werden, dann müssten die Lichtenrader im Notfall künftig nach Neukölln, die Mariendorfer und Marienfelder wohl ans das Universitätsklinikum Beniamin Franklin verwiesen werden. Das wäre durchaus problematisch und ließe sich nur schwer erklären.

Für die Politik und Vivantes muss daher klar sein, dass zumindest die Notfallversorgung wohnortnah guasi "um die Ecke" gesichert bleibt. Auf kurze Wege zur nächstgelegenen Rettungsstelle müssen sich die Menschen verlassen können. Und sie können auch mit Recht erwarten, dass alle politischen Ebenen – Bund, Land und Kommune – diese wichtige und hochsensible Frage in ihrem Sinne weiterhin fest im Blick haben.

> (Guido Pschollkowski, Gesundheitspo*litischer Sprecher der CDU-Fraktion)*

Bezirk

Ausgabe 2/2019

Leseratten lieben Bücherbus

ehr als 14.400 Leseratten haben seit April den neuen Bücherbus genutzt und insgesamt rund 28.000 Bücher ausgeliehen. Ohne die Schulferien wären die Besucherzahlen noch höher gewesen. Allein im Mai kamen knapp 6.000 Leseratten. "Es freut mich sehr, dass der neue Bücherbus so erfolgreich angenommen wird. Der jahrelange Kampf und die gemeinsamen Anstrengungen mit der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung haben sich gelohnt. Eine gute und nachhaltige Investition in die Bildungslandschaft unseres Bezirks",



sagt Tempelhof-Schönebergs Bildungsstadträtin Jutta Kaddatz (CDU)

Die "Fahrbibilothek" – so der offizielle Name - ist behindertengerecht und wiegt beladen rund 18 Tonnen. Rund 3.500 Medien werden an 12 Haltestellen

an belebten Orten angesteuert. Dazu gehören beispielweise Schulen, Kitas oder auch das Rathaus Friedenau. Dank Euro-6-Norm darf der mit Diesel betriebene Bus auch wieder Haltestellen innerhalb des S-Bahnrings ansteuern. Zudem ist er bei großen Festen im Einsatz. Nähere Informationen gibt es auf der Website der Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg. Wer mehr wissen möchte, folge dem Link: https:// www.berlin.de/stadtbibliothek-tempelhof-schoeneberg/bibliotheken/fahrbibliothek. (Red)

Kiez-Detektiv/Vorgestellt

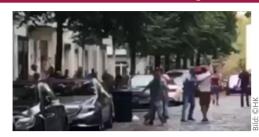
10

Clan-Kriminalität in Mariendorf bekämpfen



Der Bezirk Neukölln gilt bundesweit gemeinhin als eine Hochburg der Clan-Kriminalität. Doch zunehmend sind auch bei uns in Tempelhof-Schöneberg die Großfamilien aktiv. Viele Bürger erinnern sich nur zu gut an den spektakulären Überfall der Sparkasse am Mariendorfer Damm im Jahr 2014, bei dem die Täter Schmuck, Bargeld, Goldbarren und Münzen im Wert von 9,8 Millionen Euro erbeuteten. Bis heute ist das Diebesgutverschwunden.

Doch es sind nicht nur großangelegte Überfälle dieser Art, die den Anwohnern in Mariendorf Anlass zu Besorgnis geben. Nach einem weiteren Überfall auf einen Geldtransporter in Mitte wurden im Dezember vergangenen Jahres zwei der



Tatverdächtigen des berüchtigten Remmo-Clans in ihren Wohnsitzen in Mariendorf festgenommen. Auch die neuesten Razzien der Polizei im Zusammenhang mit Clan-Kriminalität konzentrieren sich unter anderem auch auf Shisha-Bars und Gaststätten im Bereich des Mariendorfer Damms. Deshalb muss das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg sehr konsequent gegen diese Entwicklungen vorgehen.

Dabei geht es neben Verstößen gegen Jugendschutz und Arbeitsrecht auch um Verstöße gegen das Steuerrecht. Unablässige Kontrollen solcher einschlägigen Shisha-Bars, Wettbüros, Restaurants und anderer Treffpunkte sowie Betriebe im Umfeld von Clans, müssen ein Baustein bei der Bekämpfung

solcher kriminellen Clanstrukturen sein. Sie zeigen als kleine ständige Nadelstiche Wirkung, Jedoch muss die Planung dieser Einsätze in Zukunft zentral koordiniert werden. Die CDU fordert daher die Bildung einer "Sondereinheit Clans" aus Ordnungsämtern, Polizei, Jugendämtern und Finanzbehörde und die Bereitstellung von zusätzlichem Personal. Mit allen rechtsstaatlichen Mitteln muss erschwert werden, dass Clans Unternehmen gründen und so illegal erworbenes Vermögen legalisieren können. Die Clan-Mitglieder dürfen nicht zur Ruhe kommen und das Recht konsequent durchgesetzt werden. Der Staat muss verhindern, dass rechtsfreie Räume entstehen. Um noch konsequenter gegen diese Clan-Strukturen vorgehen zu können, fordert die CDU zudem eine abgestimmte Gesamtstrategie, in der die Zusammenarbeit aller Behörden zur nachhaltigen Bekämpfung dieser besonderen Form organisierter Kriminalität geregelt ist. (Florian Graf, direkt gewählter Abgeordneter für Mariendorf und Marienfelde)

Friedenau

Theater Morgenstern droht der letzte Vorhang

Line Bühne, die seit 1994 Kulturgeschichte schreibt und sich mit einem einzigartigen Format fest in Berlins Theaterlandschaft etabliert hat: Das Theater Morgenstern im Friedenauer Rathaus.

1997 erfand die Bühne das einmalige Modell der Theaterausflüge für Schulklassen und spielte sogar im Kloster Chorin, im Freilichtmuseum Altranft, im Museumsdorf Rüdersdorf sowie im Naturpark Schöneberger Südgelände. Mit diesen Ausflügen erhielten viele Kinder sogar ihre erste Bekanntschaft mit dem Umland.

Im Verlauf der Zeit wurden viele Inszenierungen bekannter Sagen und Märchen, Klassiker der Weltliteratur zeitgenössischer Autoren entwickelt - bis hin zu eigenen Konzepten. Mittlerweile blickt das Theater auf fast eine halbe Million Besucher zurück, darunter insbesondere Kinder und Jugendliche. Auf diese Weise leistet das Theater auch einen wertvollen Beitrag zur Unterrichtsgestaltung an Schulen. Mehr noch: Unter



auch im Rahmen des Konzepts "Culture Space" für einen sinnvollen Beitrag zur Integration. So gibt es Themenabende, an denen Künstlerinnen und Künstler aus verschiedenen Kulturräumen zusammen improvisieren, erzählen und sprechen. Ein genialer Ort für Begegnung und Austausch.

Zudem werden mit philosophischen Theater-Themen vor allem jungen Besuchern, Werte wie Respekt und Akzeptanz vermittelt und so hinterlässt nahezu jedes Stück einen nachhaltigen Eindruck in den Köpfen der Besucher.

Dennoch könnte bald der letzte Vorhang fallen, denn ohne eine gesicherte und langfristige Förderung, ist wegen der angespannten finanziellen Lage, nach fast 25 Jahren bald Schluss mit dem Vorzeige-Theater. Ein Schicksal, das bereits 2014 drohte und in letzter Sekunde abgewendet wurde.

Die CDU Tempelhof-Schöneberg setzt sich nun erneut für den Erhalt des Theater Morgenstern ein und baut zudem auf eine breite öffentliche Wahrnehmung. "Es gilt, ein ganz besonderes Stück Kultur des Bezirks zu erhalten", sagt Friedenaus CDU-Chef Roman Simon. "Zwar hat die Bezirksverordnetenversammlung der Bühne Mittel zur Verfügung gestellt, dennoch fehlt es an einer langfristigen Förderung, die nur der Senat gewährleisten kann. Danach sieht es aber bei Rot-Rot-Grün derzeit leider nicht aus", so der Abgeordnete. (RG)

Ausgabe 2/2019

Kleingartenanlagen`retten

Leingärten sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadt. Sozialpolitisch bieten sie einen preisgünstigen Urlaubsort und aus das Stadtklima profitiert, weil die Temperatur besonders in den Abend- und Nachtstunden abgekühlt. Die CDU hat sich deshalb dazu entschlossen, Wohnungsbau auf Kleingartenflächen abzulehnen.

Die Einwohnerzahl Berlins und unseres Bezirks wächst seit einigen Jahren stetig. Das bedeutet, der Bedarf an Schulen, Sportanlagen, Kitas und anderen öffentlichen Einrichtungen steigt automatisch mit an. Für unseren Bezirk sollte dies zum Ende von



zehn Kleingartenanlagen führen, um auf deren Flächen neue soziale Infrastruktur zu planen. Nach Intervention der Betroffenen und mit Unterstützung der CDU, sind drei Kleingartenanlagen (Papestraße, Hansakorso und Zähringer Korso) wieder unter Schutz gestellt worden. Das Bezirksamt hatte bei seinen Berechnungen schlichtweg Fehler gemacht. Eine weitere Anlage, die Kolonie Eschenallee, konnte mit viel gutem Willen von allen Beteiligten auch noch vor der Vernichtung bewahrt werden. Auch das Gelände rund um die historische Mariendorfer Adlermühle in Mariendorf steht nicht mehr für eine Bebauung zur Debatte; ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion fand in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eine Mehrheit.

Die CDU wird auch künftig alle Vorschläge von rot-rot-grün im Senat und Bezirk kritisch prüfen, wenn es um Inanspruchnahme zu Lasten der Kleingärten geht, denn es wäre unverantwortlich, notwendige Schulen und Kitas nicht zu bauen. Entscheidend ist, dass eine Bebauung mit sozialer Infrastruktur nur dann erfolgt, wenn keine andere geeignete Lösung, z. B. die Erweiterung von bestehenden Schulstandorten, möglich ist. Bei einer immer weiter zunehmenden Verdichtung der Stadt ist es wichtig, neben Grünanlagen auch Kleingärten als weitgehend unversiegelte Flächen mit Erholungswert zu erhalten. (Ralf Olschewski, Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der BVV-Fraktion)

Ausgabe 2/2019

Marienfelde

Feldmark bleibt erhalten!



Der Unmut war groß, nachdem die SPD einen Vorstoß für eine Stichstraße vom Lichtenrader Schichauweg zur B101 unternahm und im März einen entsprechenden Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einbrachte. Nach zähem Ringen ist mittlerweile jedoch klar: Die Stichstraße ist vom Tisch. Vorangegangen war vehementer Protest der Lichtenrader und Marienfelder Bürgerinnen und Bürger, die gemeinsam mit der Bürgerinitiative "Rettet die Marienfelder Feldmark", dem Ländlichen Reiterverein Lichtenrade und der Kleingartenkolonie Birkholz um das grüne Naherholungsgebiet im Süden Tempelhofs fürchteten.

Der aus Lichtenrade stammende Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak hatte sich von Anfang an hinter den Protest gestellt und diesen gebündelt. Er ist erleichtert, dass der Antrag in der BVV keine Mehrheit erhielt. Stattdessen gibt es nun eine gemeinsame Initiative von CDU, Grünen und Linken, der sich auch die SPD nicht verschließen konnte. Danach sollen mit einem Gutachten die Möglichkeiten einer besseren verkehrlichen Anbindung des Gewerbegebiets Motzener Straße untersucht werden. Der Grünzug zwischen Freizeitpark Marienfelde und Feldmark soll dabei aber nicht angetastet werden dürfen.

"Die Erhaltung der Marienfelder Feldmark ist seit vielen Jahren eine zentrale Forderung der CDU. Wir haben den Bau einer Stichstraße daher von Beginn an abgelehnt. Die Feldmark ist

gemeinsam mit dem Freizeitpark Marienfelde und der Naturschutzwacht ein einzigartiges Naturidyll und wichtiges Naherholungsgebiet für die Menschen in Lichtenrade und Marienfelde. Das darf nicht zerstört werden!", betonte Luczak während der hitzigen Diskussionen. Zugleich galt es zu verhindern, dass Lichtenrade durch die neue Straße durch mehr LKW-Verkehr, Lärm, Feinstaub und Stickoxide erheblich belastet werden würde. "Es ist daher gut, dass die SPD sich daran erinnert hat, dass sie versprochen hatte, die Feldmark als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen", sagte Luczak.

Der Bundestagsabgeordnete anerkennt aber auch die Interessen der örtlichen Gewerbetreibenden: Im Gewerbegebiet arbeiten rund 5.000 Menschen. "Das ansässige Unternehmensnetzwerk ist innovativ und macht einen auten Job. Deswegen ist es gut, dass nun mit der fraktionsübergreifenden Initiative untersucht wird, wie ein modernes Mobilitätskonzept aussehen kann, das die Belange von Natur und Klima, erholungssuchenden Menschen sowie Wirtschaft in Einklang bringt. Die bestehenden Verkehrswege sollen dabei ertüchtigt und insbesondere der Abbiegeverkehr von der B101 zum Nahmitzer Damm verbessert werden. Das ist momentan das Nadelöhr, das etwa durch eine gemeinsame Bus- und LKW-Spur aufgelöst werden könnte", erklärte Luczak abschließend.

JML)

blickpunkt

13

Schutz der sexuellen Identität

im Grundgesetz verankern

nde 2018 waren in Deutschland rund ■ 240.000 Personen vollziehbar ausreisepflichtig. Mehr als jede zweite Abschiebung in Deutschland scheitert allerdings, weil ausreisepflichtige Personen untertauchen und für die Polizei nicht greifbar sind. Eine Abschiebehaft, um die Ausreise tatsächlich durchzusetzen, war bislang nicht möglich. Damit ist jetzt Schluss. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat nach zähem Ringen gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD gegen den Widerstand von Grünen und Linken kurz vor der parlamentarischen Sommerpause im Deutschen Bundestag ein umfangreiches Gesetzespaket zur Fachkräftegewinnung, Migration und Asyl durchgesetzt, darunter auch das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht ("Geordnete-Rückkehr-Gesetz").

Ziel des Gesetzes ist, dem Rechtsstaat Geltung zu verschaffen. Abschiebungen sollen rechtsstaatlich und fair, aber auch konsequent durchgesetzt werden können. Deshalb wurden mit dem Ausreisegewahrsam und der Abschiebehaft wirksame Instrumente geschaffen. um die Ausreise abgelehnter Asylbewerber wirksam durchzusetzen. Zugleich wird der Druck auf Menschen, die über ihre Identität täuschen oder die Mitwirkung verweigern, erhöht und Leistungen für iene Migranten, die in einem anderen EU-Staat Asyl beantragt haben oder dort als schutzbedürftig anerkannt worden sind, gekürzt.

Gesetzespaket zentrales Reformvorhaben der Union

Mit dem Gesetzespaket setzt die Union eines ihrer zentralen Reformvorhaben in dieser Legislaturperiode um und kommt beim Ziel, Migration zu steuern, zu ordnen und in ihrem illegalen Teil klar zu begrenzen, einen großen Schritt voran, betont der stellvertretende rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jan-Marco Luczak: "Wenn nach einem langen, fairen und rechtsstaatlichen Verfahren feststeht, dass kein Bleibeanspruch besteht, muss das auch durchgesetzt werden. Ansonsten leidet das Vertrauen und die Akzeptanz in den Rechtsstaat. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass jeder, der nach Deutschland kommt, unabhängig von jeglichen Voraussetzungen am Ende doch irgendwie bleiben kann. Das wäre fatal, deswegen haben wir das jetzt ausgeschlossen."

Wichtig sei aber, dass auch die Länder ihrer Verantwortung bei den Abschiebungen gerecht werden. Für den aus Lichtenrade stammenden Bundestagsabgeordneten sei es daher unverständlich, dass die bisherige Arrestanstalt für jugendliche Straftäter am Kirchhainer Damm in Lichtenrade, die zum Abschiebegefängnis für Straftäter und islamistische Gefährder umgebaut wurde, nicht auch generell zur Unterbringung von ausreisepflichtigen Personen genutzt werde: "Bislang steht das Abschiebegefängnis in Lichtenrade praktisch leer. Die Haftanstalt verfügt über 35 Plätze, zeitweilig war davon aber nur ein einziger Platz besetzt. Den vorhandenen Platz sollten wir nutzen, um Ausreisepflichtigen Personen dort kurz vor Abschiebung unterzubringen, damit diese nicht vorher untertauchen können. Dass sich der rot-rot-grüne Senat bislang verweigert, torpediert alle unsere Anstrengungen auf Bundesebene und ist nicht akzeptabel", ergänzte Luczak.

Schmaler Grat zwischen Heiligkeit und Scheinheiligkeit

Die Debatte über das Migrationspaket verlief im Bundestag außerordentlich emotional. Insbesondere die Grünen wurden heftig kritisiert, als sie der SPD vorwarfen, sie setze sich nur aus Machtkalkül und gegen die eigene Überzeugung für das sogenannte Geordnete-Rückkehr-Gesetz ein. Ein SPD-Innenpolitiker traf dabei den Kern – mit Blick auf die Regierungsbeteiligung der Grünen in Baden-Württemberg oder Hamburg, wo ganz regulär abgeschoben wird, konterte er unter großem Beifall der Abgeord-

neten: "Manchmal gibt es einen ganz schmalen Grat zwischen Gerechtigkeit und Selbstgerechtigkeit sowie zwischen Heiligkeit und Scheinheiligkeit".

Kampf gegen den **Fachkräftemangel**

Neben der Begrenzung der illegalen Migration ist der Kampf gegen den Fachkräftemangel zentrale Richtschnur des Gesetzespaketes. Fehlende Fachkräfte hemmen die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die Wirtschaft fordert daher seit langem einen erleichterten Fachkräftezugang. Dieser Forderung hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei den parlamentarischen Beratungen angeschlossen: "Wir haben uns dabei von der Erkenntnis leiten lassen, dass die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland in entscheidendem Maße davon abhängt, wie gut es Deutschland gelingen wird, seine Fachkräftebasis zu sichern und zu erweitern. Der Union ist dabei wichtig, dass die Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten immer nur eine von drei Säulen einer umfassenden Fachkräftestrategie ist. Vorrangig bleibt die Aktivierung des inländischen Potentials und die Fachkräftegewinnung aus der EU", erklärt Luczak, der aus vielen Gesprächen mit Unternehmen in seinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg die Sorgen der Wirtschaft kennt.

Stimmiger Ansatz beim **Fachkräfteeinwanderungsgesetz**

Für die Gewinnung von akademischen Fachkräften aus Drittstaaten verfügt Deutschland bereits heute über einen offenen und von internationalen Experten auch als solchen anerkannten Rechtsrahmen. Mit dem "Fachkräfteeinwanderungsgesetz" wird nun auch Fachkräften mit qualifizierter Berufsausbildung der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht. In den Verhandlungen hatte aber insbesondere die Union darauf gedrungen, dass klar zwischen der Fachkräftegewinnung und den humanitären Verpflichtungen unterschieden wird. Anreize für illegale Migration nach Deutschland wollte man keine setzen, deswegen hat sich die Union erfolgreich gegen einen so genannten Spurwechsel gesperrt. Dieser hätte ermöglicht, als Flüchtling nach

Ausgabe 2/2019

von einer Bleibeperspektive hier auf Arbeitssuche zu gehen.

In der Debatte zur Fachkräftegewinnung wiesen die Redner der Koalition aber auch darauf hin, dass der jetzt geschaffene gesetzliche Rahmen auch von der Verwaltung genutzt werden muss. Mehr Fachkräfte aus Drittstaaten könne man nur gewinnen, wenn Verfahrensabläufe verbessert, insbesondere Visa erteilt wür-

Schutz der deutschen Staatsangehörigkeit

tionspaketes waren Korrekturen beim Staatsangehörigkeitsrecht. Terrorkämpfern mit Doppelpass kann zukünftig die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden. Eine Einbürgerung ist zudem ausgeschlossen, wenn die Identität und Staatsangehörigkeit nicht restlos geklärt sind oder der Betreffende sich nicht in die deutschen Lebensverhältnisse einordnet, etwa in einer Mehrehe lebt. Wurde die Einbürgerung durch falsche Angaben erschlichen, kann diese 10 Jahre lang wieder zurückgenommen werden.

"Zuwanderung und Rückführungen gehören für uns als Union zusammen: Wir ermöglichen die legale Zuwanderung von Personen, die wir auf dem Arbeitsmarkt benötigen. Zugleich setzen wir die Ausreisepflicht derer durch, die unser Land verlassen müssen, weil sie nicht schutzbedürftig sind. Nur so ergibt sich eine ganzheitliche Strategie, mit der Migration geordnet, gesteuert und in ihrem illegalen Teil begrenzt werden kann – nicht zuletzt ist dies auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung illegaler Schlepperbanden und des Menschenhandels", unterstrich Luczak im Anschluss der (IML) Debatte.

Ausgabe 2/2019

Deutschland zu kommen und unabhängig

den. Hier sei noch viel zu tun.

Weiterer wichtiger Bestandteil des Migra-

Klares Signal gegen **Diskriminierung und Hass**

Gewalt aufmerksam werden.

Luczak, der sich seit Jahren für die Akzeptanz und Gleichstellung von Schwulen und Lesben einsetzt, will nun einen Schritt weitergehen: "Am Ende ist es eine gesellschaftliche Frage, ob Menschen so leben und lieben können, wie sie sind. Wir brauchen daher ein klares

n Deutschland hat es in Sachen Gleich-

stellung von Schwulen und Lesben in

den letzten Jahren enorme Fortschritte

gegeben. So ist etwa die Ehe für alle

inzwischen Gesetz. Dessen ungeachtet

gibt es nach wie vor immer noch An-

feindungen, Benachteiligungen und

gewaltsame Übergriffe gegen Lesben,

Schwule, Bisexuelle sowie trans-, inter-

geschlechtliche und gueere Menschen

(LGBTIQ). Insbesondere im Schöneber-

ger Regenbogenkiez gibt es eine stei-

gende Zahl homophober Angriffe. Im

Schöneberger Norden kam es kürzlich

zu zwei Reizgasattacken. Aber auch in

Tempelhof wurde ein lesbisches Pärchen

erst beleidigt und dann körperlich at-

tackiert. Der Bundestagsabgeordnete

für Tempelhof-Schöneberg, Jan-Mar-

co Luczak, verurteilt diese Übergriffe

scharf und bittet alle Menschen nicht

wegzusehen, wenn sie auf Hass und

Signal gegen Diskriminierung und Hass. Unsere Verfassung ist dafür der richtige Ort, es beinhaltet die für unsere Rechtsordnung prägenden Werte und Prinzipien. Daher setze ich mich dafür ein, dass Artikel 3 im Absatz 3 unseresGrundgesetzes um den Schutz der sexuellen Identität ergänzt wird. Denn kein Mensch darf aufgrund seiner sexuellen Identität ausgegrenzt, verfolgt oder diskriminiert werden."

Sexuelle Identität

ins Grundgesetz!

DR. JAN-MARCO

LÚCZAK

In seiner ersten Rede im Bundestag vor zehn Jahren hatte sich Luczak noch gegen eine solche Änderung der Verfassung ausgesprochen. Er war damals der Meinung, dass dies nur Symbolpolitik sei und stattdessen besser konkrete Schritte gegen Diskriminierung unternommen werden sollten. Heute sieht er das anders. "Jeder tätliche Angriff auf Lesben, Schwule, Transsexuelle und Transgender ist einer zu viel!", erklärt Luczak. Die Ergänzung des Gleichheitsartikels wäre zudem ein klares Bekenntnis zu einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft, in der LGBTIQ selbstverständlich dazugehören und ein Recht darauf haben, angst- und diskriminierungsfrei zu leben. Dieses Signal ist auch mit Blick auf diejenigen Menschen wichtig, die diese Selbstverständlichkeit aus ihrem kulturellen oder religiösen Hintergrund nicht akzeptieren wollen. .

Für Sie vor Ort

CDU Tempelhof-Shöneberg

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin

Telefon: 030 751 33 88

info@cdu-tempelhof-schoeneberg.de www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

Rathaus Schöneberg, Raum 3054 John-F.-Kennedy-Platz | 10820 Berlin

Telefon: 030 784 83 96 info@cdu-fraktion-ts.de

www.cdu-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de

Bürgerbüro Dr. Jan-Marco Luczak MdB

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin

Telefon: 030 757 04 264

jan-marco.luczak.wk@bundestag.de

www.luczak-berlin.de

Bürgerbüro Markus Klaer MdA

Burchardtstr 1 - 3 | 12305 Berlin *Eröffnung Nov./Dez. 2019

Telefon: 030 - 751 33 88 Markus.Klaer@cdunet.de www.www.markus-klaer.de

Bürgerbüro Roman Simon MdA

Kaiserstraße 144 | 12105 Berlin

Telefon: 030 74 00 1591 info@romansimon.de www.romansimon.de

Bürgerbüro Florian Graf MdA

Tauernallee 4 | 12107 Berlin Telefon: 030 74 00 1590 kontakt@florian-graf.info www.florian-graf.info



blickpunkt

IMPRESSUM/BILDHINWEISE

HERAUSGEBER: CDU Tempelhof-Schöneberg, Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin |
info@cdu-tempelhof-schoeneberg.de | www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de | V.i.S.d.P.: Florian Graf MdA
REDAKTION: Chefredakteur: Carsten Schanz | Chef vom Dienst: Dipl.-Ing. Horst Kauffmann | redaktion.blickpunkt-ts@cdu-ts.de
LEKTORAT: Denis McGee | SATZ/LAYOUT: André Laurman-Urbanski | DRUCKEREI: Druckcenter Berlin | Auflage: 3.000 Stück.
ALLGEMEINER HINWEIS: Die Redaktion ist Inhaberin der Bildrechte, insofern keine gesonderten Urheber- oder
Quellenverweise benannt sind. Bildverwertungen sind nur mit Genehmigung und Quellenangabe zulässig.



